

## **„Googel doch selbst!“**

### **„Wissensausbeutung“ als diskriminatorische Praktik**

Die Auswirkungen der aktuellen Pandemie durchleuchten unsere sozialen und politischen Sphären auf ihre Schwachstellen hin. So erhielt die Debatte um den Wert verschiedener Formen von Arbeit im letzten Jahr neuen Anstoß, wobei sich ein zaghaftes, immer noch unzureichendes Augenmerk auf die Wichtigkeit von Pflegearbeit sowie anderer systemerhaltender Tätigkeiten verlagerte. Verknüpft mit diesen Entwicklungen sind sowohl deskriptive als auch normative Fragen theoretischer und philosophischer Natur: Was konstituiert Arbeit? Wie soll sie entlohnt und anerkannt werden? Wie lässt sich ihr Wert fernab von rein profitorientierten Parametern messen? Und vor allem: Wer soll sie leisten?

Im Zentrum dieses Beitrages steht eine Form von Arbeit, die im Zuge des wiedergewonnen Momentums innerhalb des Diskurses um Arbeit und ihren Wert bisher wenig Aufmerksamkeit erfahren hat. Die Form von Arbeit, der wir uns widmen, kann grob als „Wissensarbeit“ verstanden werden. (Berenstain 2016, Pohlhaus 2017, Pohlhaus 2020) Was bedeutet es, Wissensarbeit zu leisten? Eine erste Assoziation führt zu den Begriffen „Kenntnis“ und „Expertise“: Kraft ihrer Bildung und Ausbildung verfügen Personen oder Gruppen über einen Wissensvorsprung gegenüber anderen Personen, und sind bestenfalls bemüht, dieses Wissen zu teilen. Wie Vertreter:innen der Standpoint Theories und des Black Feminist Thought gezeigt haben, müssen Expertise und Kenntnis jedoch nicht notgedrungen auf Bildung, universitäre oder wissenschaftliche Affiliation rekurrieren: Sie werden vor allem durch Erfahrung generiert. Diese wiederum ist geprägt von der spezifischen sozialen Situiertheit von Personen und Gruppen. (Harding 1986, Collins 2000) Eine Person etwa, die in der Landwirtschaft tätig ist, kann als Expert:in für Böden und verschiedene Formen des Gemüseanbaus verstanden werden, und eine in Wien lebende Person wird eher Kenntnis über schöne Badeplätze an der Donau haben als eine Person von anderswo. So weit, so harmlos.

Erfahrung ist in vielen Fällen jedoch auch spezifisch an soziale Identität gekoppelt. So ist etwa anzunehmen, dass weiblich wahrgenommene Personen einen besseren Einblick in Mechanismen sexueller Unterdrückung haben als männlich wahrgenommene Personen, da sie selbst in größerem Ausmaß von dieser Unterdrückung betroffen sind. BIPoC verfügen über mehr Wissen zu verschiedenen Formen von rassistischer Ausgrenzung, sind sie doch tagtäglich mit eben dieser konfrontiert. Macht sie das zu Expert:innen im Bezug auf Erfahrungen von Unterdrückung? Und ist es gerecht, von jenen, die ohnehin schon diskriminiert werden, zusätzlich zu erwarten, Wissensarbeit in Bezug auf diese Unterdrückung zu leisten? Oder handelt es sich hierbei um eine ausbeuterische Dynamik, der gesellschaftlich Einhalt geboten werden sollte? Sollten nicht eher jene, die diskriminierend handeln, dazu angehalten werden, ihr eigenes Verhalten zu reflektieren und sich selbst zu informieren?

Wir legen in unserem Beitrag dar, wieso bestimmte Formen der Wissensarbeit, etwa die Expertise von Wissenschaftler:innen, legitimerweise erwartet werden darf, diese Forderung jedoch in Fällen, bei denen die Expertise die Identität der befragten Personen direkt betrifft, schnell in die diskriminatorische Praxis der „Wissensausbeutung“ umschlagen kann. Deshalb widmen wir uns verschiedenen Spielformen ausbeuterischer Wissensarbeit. Den theoretischen Unterbau für dieses Unterfangen bilden Begriffe und Theorien aus der feministischen, politischen Sozialepistemologie, vor allem Miranda Frickers Kategorie der „hermeneutischen Unterdrückung“ (2007). Dieses Konzept veranschaulicht, dass hermeneutische Ressourcen, die dabei helfen, Phänomene zu decodieren und zu verstehen, in der Gesellschaft ungerecht verteilt sind. So gab es etwa keinen Begriff für „sexuelle Belästigung“, bis Betroffene selbst diesen Begriff mit dem Ziel, auf diese Form der Ungerechtigkeit aufmerksam zu machen, formten. (Fricker 2007)

In unserem Beitrag fokussieren wir die hermeneutische Kategorie „genderqueer“, um zu verdeutlichen, dass das Plus an Wissensarbeit, das oft von marginalisierten Personen erwartet wird, auf eine ungerechte Verteilung von hermeneutischen Ressourcen innerhalb der Gesellschaft zurückzuführen ist, unter der sowohl jene, die sich dieser Kategorie zugehörig fühlen, als auch alle anderen, die nicht über diese Ressource verfügen, leiden. Robin Dembroff zufolge destabilisieren Mitglieder der Kategorie „genderqueer“ kollektiv die Idee, dass Männer und Frauen unterschiedliche, exklusive und abschließende Kategorien von Geschlecht sind. Der Grund dafür ist, dass sie sich selbst außerhalb dieser binären Norm verorten. (Dembroff 2020: 12). Da jedoch in unserer Gesellschaft eine binäre Geschlechtsvorstellung von „Mann“ und „Frau“ vorherrscht, wird von genderqueeren Personen konstant verlangt, ihre Identität zu erklären.

Wieso ist das Fehlen von hermeneutischen Ressourcen in Bezug auf genderqueere Identität problematisch? Wir argumentieren, dass das gesellschaftliche Wissens-Defizit über genderqueere Identität zur Folge hat, dass das binäre Geschlechtersystem als unumstößlich positioniert wird: Menschen werden kontinuierlich danach bewertet, ob sie sich im Einklang mit oder in Abweichung von gängigen Gender-Stereotypen verhalten. Wer den vorherrschenden Normen nicht entspricht – als „Frau“ etwa keine Kinder gebären und aufziehen will, oder als „Mann“ seine Emotionen offen zeigt – muss mit persönlichen Konsequenzen rechnen. Offizielle Dokumente geben zudem vor, dass Menschen sich nur als „Männer“ oder „Frauen“ identifizieren dürfen, denn der geschlechtsneutrale Eintrag „x“ bleibt intersexuellen Personen vorbehalten, die selbst lange um juristische Anerkennung ringen mussten. Die Naturalisierung des binären Geschlechtersystems wird zusätzlich durch binär gegenderte Toiletten, Abteilungen in Bekleidungsgeschäften und nahezu alle kommodifizierbaren Bereiche des Lebens bestärkt.

Eine gerechte Verteilung hermeneutischer Ressourcen über Genderqueerness hätte im Idealfall eine Veränderung aller gesellschaftlichen Geschlechternormen zur Folge: Anstatt jeder Person, die geboren wird oder auf die man trifft, sofort ein binäres Geschlecht zuzuordnen, und damit einhergehende Verhaltensweisen und Interessen zu erwarten, gäbe es sowohl gedanklichen als auch praktischen Spielraum für alle Mitglieder der Gesellschaft. Sie könnten, frei von den Idealvorstellungen, die an binäres Geschlecht geknüpft sind, frei entscheiden, wie sie ihr Leben verbringen und ihre Geschlechtsidentität definieren wollen.

Für genderqueere Personen hat das aktuell vorherrschende gesellschaftliche Wissensdefizit um Gender-Identitäten jenseits von „männlich“ und „weiblich“ zur Folge, dass sie oft als Bedrohung der naturalisierten binären Ordnung verstanden werden, und dadurch verschiedenen Formen von Gewalt ausgesetzt sind. Personen, die in Sanitäreinrichtungen über ihre geschlechtliche Identität und ihre Genitalien Auskunft geben müssen, oder nichtbinäre Künstler:innen, die von den Medien konstant missgegendert, kritisch befragt, und als Konsequenz auf diese Berichterstattung in Internetforen bedroht werden – sie alle spüren, dass ihre geschlechtliche Identität, die eigentlich allein Sache ihres eigenen Empfindens sein sollte, gesellschaftlich permanent zur Debatte steht.

Uns ist wichtig, zu betonen, dass der Kampf um Anerkennung von genderqueeren Personen als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft nicht nur die Verwendung der richtigen Pronomen umfasst, sondern auch ein prinzipielles Umdenken in Bezug auf die beharrlich tradierte Natürlichkeit binärer Geschlechtervorstellungen. Die ungleiche gesellschaftliche Verteilung des Wissens, das zu diesem Umdenken führen könnte, hat zur Folge, dass von jenen, die ohnehin schon wegen ihrer nicht den Normen entsprechenden Identität kritisiert und diskriminiert werden, beständig Wissensarbeit und Rechtfertigungen gefordert werden. Ziel unseres Beitrags ist es, aufzuzeigen, inwiefern die Forderung nach dieser beständigen Wissensarbeit zu verschiedenen Aspekten genderqueerer Lebensrealitäten eine ausbeuterische Form von Ungerechtigkeit darstellt.

### Literatur:

- Berenstain, Nora (2016): „Epistemic Exploitation”. *Ergo* 3(22). 569-590.
- Collins, Patricia Hill (2000): *Black Feminist Thought. Knowledge, Consciousness, and the Politics of Empowerment*. New York and London: Routledge.
- Dembroff, Robin (2020): „Beyond Binary: Genderqueer as Critical Gender Kind.” *Philosopher’s Imprint* 20(9). 1-23.
- Fricker, Miranda (2007): *Epistemic Injustice. Power and the Ethics of Knowing*. New York: Oxford University Press.
- Harding, Sandra (1986): *The Science Question in Feminism*. Ithaca: Cornell University Press.
- Pohlhaus, Gayle Jr. (2017): „Varieties of Epistemic Injustice.” In: Kidd, Ian James/ Medina, José/ Pohlhaus, Gayle Jr. (Hg.): *The Routledge Handbook of Epistemic Injustice*. New York: Routledge. 13–26.
- Pohlhaus, Gayle Jr. (2020): „Epistemic Agency Under Oppression“. *Philosophy Papers* 49(2). 233-251.